

GABRIEL WACKERMANN

Raumordnung und Landesplanung in Frankreich

Mit 1 Kartenbeilage

Im Rahmen dieser Darstellung ist es nur möglich, einen allgemeinen Überblick über Organisation und Arbeitsweise der stark zentralistisch organisierten Raumordnung in Frankreich im Gegensatz zu der föderativ gegliederten Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu geben.

1. Zur Problematik

A) Historische und soziologische Grundlagen

Das Frankreich mit dem *enfant unique* (einzigen Kind) der Dritten Republik ist heute ein Bild, das der Vergangenheit angehört. Die Schilderungen von *Pierre Daninos* in seinem sehr geistreichen Buche „Les Carnets du Major Thompson“ über ein Frankreich, in dem man hauptsächlich von einem frühen Ruhestand, einem Häuschen, einer kleinen Frau und trotzdem von einem großen Staate träumt, treffen nicht mehr ganz auf unsere gegenwärtige Gesellschaft zu.

Heute steht Frankreich unter dem Eindruck neuer Einflüsse: Soziale Gesetzgebung, wirtschaftliche Erneuerungen und allmählich schwindende Zollschranken haben dazu beigetragen, einen neuen Geist zu schaffen. Der demographische Aufschwung hat aus Frankreich einen jungen Staat Westeuropas gemacht, in dem die junge Bevölkerung bis zum Alter von 20 Jahren den höchsten Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht. Seit 1946 stieg die jährliche Geburtenzahl Frankreichs von 500 000 bis auf 900 000. Heute zählt Frankreich beinahe 50 Millionen Einwohner gegenüber 42 Millionen im Jahre 1945 und 38 im Jahre 1870. 50% der Bevölkerung sind weniger als 25 Jahre alt.

Seit 1945 leidet Frankreich an dem Komplex der wirtschaftlichen Unterentwicklung. Sein demographischer Auf-

schwung, seine Produktivitätspolitik erklären sich in etwa daraus und sind auch seine Folgerungen.

Wenn man die Entstehung des Planungsgedankens und des Raumordnungsgedankens in Frankreich richtig verstehen will, so muß man ganz besonders an zwei, mit der französischen Mentalität eng verknüpfte Probleme denken:

1. die Zentralisierung (der Jakobiner)
2. der wirtschaftliche Liberalismus, Kind des 18. Jahrhunderts

Ganz besonders nach dem zweiten Weltkrieg hat man in Frankreich festgestellt, daß das liberale Wirtschaftssystem unzureichend war, um das Land wirtschaftlich auf den Stand einer modernen Macht zu bringen. Wurden doch schon vor dem Kriege einige größere wirtschaftliche Werke durch staatliche Hilfe realisiert; so z. B. das Stauwerk von Kembs, das Stauwerk von Génissiat. Auch die Nationalisierung der Schlüsselindustrien, die 1936 durch den *Front Populaire* prinzipiell festgelegt und auch schon teilweise ausgeführt wurde, hat zu dieser Einstellung beigetragen.

Dabei muß man besonders den spezifischen Charakter jedes Volkes berücksichtigen. In Frankreich, wo sich die „Bourgeoisie“ während des 19. Jahrhunderts durch besondere Dynamik auszeichnete und somit gemeinsam mit dem Staate, den sie beeinflußt hat, die französische Wirtschaft entwickelte, mangelte es um 1945 an Privatinitiative: Protektionismus und Rückgang der Privatinitiative unserer Bourgeoisie haben die wachsende Einflußnahme des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft beschleunigt. Der ständig steigende Einfluß der Linksparteien und der Gewerkschaften und die sehr gemäßigte Lohnpolitik haben es den drei

Nachkriegsmehrheitsparteien (Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikanern) erlaubt, den durch den *Front Populaire* eingeführten wachsenden Einfluß des Staates noch zu verstärken.

So gingen wir rasch zu einer zentralen Planwirtschaft über, die eine *économie concertée* herbeiführen sollte. Dabei ist diese zentrale Planwirtschaft keineswegs vergleichbar mit der zentralen Verwaltungswirtschaft kommunistischer Prägung.

Man stellte fest, daß ohne Eingriffe des Staates Frankreichs Wirtschaft immer altersschwächer wurde: Die Steigerung der industriellen Produktivität, der Straßen- und Städtebau, der Schulbau, die Freizeitanlagen bedurften besonderer Förderung. Auf diese Weise läßt sich der wachsende Einfluß des Staates auf die Wirtschaft erklären, der besonders begünstigt wurde durch die wirtschaftliche Situation des Landes und der seine geistigen Wurzeln in der französischen Geschichte des Absolutismus und des Jakobinertums fand.

Ferner darf man den Einfluß der Technokraten nicht außer acht lassen, die seit dem zweiten Weltkriege einen starken politischen Mann suchen, um unter seinem Schutze zu arbeiten und um nicht durch Regierungsunstabilität gestört zu werden: Das Vichy-Regime mit *Pétain*, die Regierung *Mendès-France* waren interessante Perioden für sie; heute bietet ihnen *De Gaulle* sehr weitgehende Möglichkeiten.

Als die UNR-Regierung dem Technokraten-Club „Jean Moulin“ den Krieg erklären wollte, sagte *De Gaulle* etwa folgendes: „Tut nichts, es ist das erste Mal, daß die französischen hohen Beamten Nacharbeit verrichten“. – 1962, nach dem Algerienkrieg, waren diese Technokraten vom Club Jean Moulin der Fünften Republik gegenüber nicht mehr feindlich eingestellt. Sie haben es verstanden, diese Republik für ihre Zwecke zu nutzen und zu festigen, auch zur Erreichung planwirtschaftlicher Ziele.

Auf dem Gebiete der Planwirtschaft besteht kein wirklicher Gegensatz zwischen der Linken und der Rechten. Früher haben die Politiker die Spezialisten geleitet, heute leiten die Technokraten immer mehr die Politiker. Zu den Franzosen sagte der Planungsbeauftragte: „Alles kann man nicht gleich realisieren; es muß eine gewisse Rangfolge sowie ein Dringlichkeitsmaßstab und eine Anzahl Vorzugsgebiete vorgesehen werden.“

Dank dieser Regionalplanung ist in manchen Gegenden Frankreichs seit 5 Jahren die Anzahl der Berufsschüler um ein Drittel gestiegen, ebenso im Oberschulwesen, wo die unteren Klassen aufs Land versetzt werden, um es auch den Bauern- und Arbeiterfamilien zu ermöglichen, ihren Kindern kostenlos eine höhere Schulbildung zu gewähren. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten an Hochschulen im Verhältnis zur Bevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen 1950–1970 folgende Prozente aufweist: 2,4 im Jahre 1950, 2,6 im Jahre 1955, 3,1 im Jahre 1959, 4,2 im Jahre 1963 und 5,3 im Jahre 1970, lauten die entsprechenden Prozentzahlen für Frankreich 3,5, 4,0, 5,4, 6,9 und 10. In Frankreich ist dieser Unterschied durch Eingriffe der öffentlichen Hand zu erklären.

B) Das Konzept der Raumordnung und Landesplanung in Frankreich

Die französische Raumordnung setzt sich im V. Plan (1966–1970) das Ziel, die innere Expansionspolitik zu erleichtern. Daher ist ihr Hauptaugenmerk auf folgende Punkte gerichtet:

- Die Hebung des Bildungsniveaus;
- die Förderung der individuellen Persönlichkeitsentfaltung;
- das Streben nach Wohlstand und Zufriedenheit.

Eines der Hauptmittel zur Erreichung dieser Ziele ist die Lenkung der Investitionen der öffentlichen Hand durch eine zentrale Politik, und zwar besonders im Schul- und Hochschulwesen, ferner im Gesundheitswesen, auf kulturellem und sportlichem Gebiet sowie im allgemeinen Verwaltungswesen.

Für den Ausrüstungsminister *Edgar Pisani* ist Raumordnung eine Wahrnehmung des Raumes als politische und strategische Gegebenheit. Für eine führende Persönlichkeit der Zentrumsopposition, *Bertrand Motte*, ist Raumordnung nicht nur eine Technik, sondern eine Globalpolitik. Sie ist dazu bestimmt, ein allgemeines Gleichgewicht zu suchen; sie verlangt die Reform der Institutionen. Die Raumordnung ist somit der geographische Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Nationalpolitik.

Die Raumordnung befaßt sich hauptsächlich mit den geographischen Aspekten der Entwicklung. Planung bedeutet Entwicklung in einer gewissen Zeitspanne. Die Raumordnung gibt die allgemeinen geographischen Richtlinien und die Grundprinzipien an; die Regionalplanung ist ein Instrument zur Verwirklichung dieser Richtlinien und Grundprinzipien; sie ist auch eine Quelle der nationalen Bedürfnisse. Die Planung ist somit ein Mittel und ein Teil der Infrastruktur für die Raumordnung.

Dem kürzlich erschienenen „Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung“¹ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover entnehmen wir:

„Oft wurden und werden auch die Worte Raumordnung und Landesplanung durch „und“ miteinander verbunden, entweder um einer klaren begrifflichen Abgrenzung aus dem Wege zu gehen oder um die eigenständige Bedeutung und wechselseitige Bezogenheit beider Begriffe zum Ausdruck zu bringen.“

In Frankreich aber, in einem Staate, wo die Zentralisation ausgeprägt ist, ist die Raumordnung die Grundlage der Landesplanung. Die Landesplanung ist vielmehr eine Regionalisierung der Raumordnung; die Landesplanung ist eine regionale Projektion der nationalen Raumordnung, eine Dekonzentration des Zentralismus und nicht eine Dezentralisierung². In Frankreich ist Landesplanung gleich Regionalplanung.

¹ Hannover 1966.

² Die Dekonzentration erlaubt den Regionen nicht, sich selbst zu verwalten und zu finanzieren. Der regionale Präfekt, Vertreter der Regierung und der Zentralverwaltung, kann wohl, dank verstärkter Initiativvollmachten, die regionalen Bedürfnisse besser hervorheben; die Eingliederung dieser Bedürfnisse in die Planung sowie deren Finanzierung hängt aber von der

Aber wie in Deutschland ist Raumordnung in Frankreich „die Vorstellung von einer den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entsprechenden Ordnung“³. In der westlichen Welt, somit auch in Frankreich, ist sie gekennzeichnet durch folgende Prinzipien:

- Freiheit (freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freizügigkeit, freie Standortwahl, freie Berufswahl, privates Eigentum).
- Sozialer Ausgleich (bestmögliche Lebensbedingungen auf der Grundlage einer angemessenen Grundausstattung in allen Teilgebieten).
- Sicherheit (Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Wohnung, der Erholung, der Bildung, der Versorgung – auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß –, Sicherheit des Volkes nach außen).

In der Bundesrepublik obliegt den Ländern die Raumplanung (Landesplanung) für das jeweilige Bundesland. In Frankreich obliegt die Regionalplanung der Zentralverwaltung in Zusammenarbeit mit den Regionen, die beratend und ausführend mitwirken.

II. Die Entwicklung der Raumordnung und der Landesplanung

A) Eine wirtschaftliche Notwendigkeit

Man hat Frankreich oft in 2 Teile nördlich und südlich der Loire eingeteilt; es ist dies eine ungenügende Einteilung. Eine adäquate Trennungslinie verläuft diagonal von Le Havre bis Marseille; nördlich dieser Linie befindet sich eine Zone, in der 80 % der industriellen Produktion des ganzen Landes konzentriert sind. Das Departement Seine und das ehemalige Departement Seine-et-Oise haben eine Einwohnerzahl, die so groß ist wie 36 der am dünnsten besiedelten Departements Frankreichs. 46 % der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Frankreichs befinden sich in einem Raum, der ein Fünftel der Gesamtfläche umfaßt. Die natürlichen Expansionstendenzen vergrößern die Unterschiede immer mehr, hauptsächlich zugunsten der Pariser Gegend und der etwa 20 Departements, die im Norden und Osten Frankreichs liegen. Bis 1985 sind mindestens 1 500 000 industrielle Arbeitsplätze für Frankreich notwendig, darunter ungefähr 75 000 pro Jahr für den westlichen Teil des Landes. (Vgl. Beilage Abb. 1.)

Von 1955 bis 1961 haben etwa 1000 Fabriken die Pariser Gegend verlassen; die allermeisten der durch diese neuangesiedelten Fabriken gegründeten 200 000 Arbeitsplätze befinden sich jedoch in einer Entfernung von 100 bis 200 km von Paris: hauptsächlich in der Normandie, der

Picardie, dem Val de Loire, der Côte d'Or. Im Süden siedeln sich nur wenige Industrien aus der Pariser Gegend an. Die Fabriken, die im Zuge der Dezentralisation des Pariser Raums gegründet wurden, haben einen Anteil von nur einem Zehntel an den neuen Industrie Gründungen im Zeitraum 1960 bis 1966 und von nur einem Fünftel an der industriellen Flächennutzung der Neugründungen. Sogar gewisse Teile von Paris leiden an einer unzulänglichen Verwaltungsstruktur.

Außerdem erwartet man für die Periode von 1967 bis 1970 eine Arbeitslosenzahl zwischen 200 000 und 350 000. Paris wird immer größer werden: ca. 14 bis 16 Millionen Einwohner bis zum Jahre 2000. Die Hauptstadt hat heute schon einen Kraftfahrzeugbestand von 1,7 Millionen Fahrzeugen, und diese Zahl wächst jedes Jahr um 150 000 Einheiten. (250 000 Autos könnten aber nicht zur selben Zeit und mit gleicher Geschwindigkeit durch Paris fahren.)

Überall – vor allem in der nördlichen Zone – „beschweren“ sich die Provinzen Frankreichs: z. B. die Obere Normandie, die nicht eine Verlängerung des Pariser Raumes werden will, oder der Osten Frankreichs, der seine Entwicklung nicht mehr genügend fortsetzen kann.

Auch die Sparquote und die Investitionsquote sind zu niedrig; im Jahre 1964 erreichten die Bruttoinvestitionen Frankreichs 21,4 % des Bruttosozialprodukts, gegenüber 27,7 % in Deutschland.

Im selben Jahre belief sich die durchschnittliche Konsumquote auf 65,3 % des Bruttosozialprodukts gegenüber 57 % in Deutschland. Nur ein wenig mehr als 50 % der Investitionen Frankreichs kommen dem produktiven Sektor⁴ zugute, darunter 50 % allein für den Wohnungsbau; wenn man noch dazu die Sozialinvestitionen⁵ rechnet wie Schulbau, Spital- und Straßenbau, so stellt man fest, daß die produktiven Investitionen dann nur etwa 12 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Man muß somit nicht nur die niedrige Investitionsquote in bezug auf das Bruttoinlandsprodukt, sondern auch die überwiegend unproduktiven Investitionen kritisieren.

B) Raumordnung und Planung

Die französische Raumordnung ist jedoch nicht von der Planung zu trennen. Wir müssen daher zuerst einen Blick auf die Planung werfen.

Eine der größten Eigenarten des V. Planes ist die Festlegung der Raumordnung und der Perspektive der französischen Gesellschaft auf das Jahr 1985. Die langfristige Pro-

Regierung und dem nationalen Parlament ab. Vor einigen Jahren war der Präfekt hauptsächlich eine „boîte aux lettres“ („Briefkasten“). Heute ist der regionale Präfekt ein Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Regierung; er ist verantwortlich für die gute Vorbereitung und die genaue Ausführung des regionalen Planes als Teil des nationalen Planes.

³ Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. – Hannover 1966.

⁴ Der produktive Sektor umfaßt die direkten Produktionszweige; Sozial-, Jugend-, Alters-, Krankenfürsorge usw. sind hier ausgeschlossen.

⁵ Die Sozialinvestitionen werden in Frankreich hauptsächlich von der öffentlichen Hand und von den *sociétés d'économie mixte* (Gesellschaften gemischter Wirtschaft) getätigt. Diese Gesellschaften werden durch Gelder der öffentlichen Hand und Privatkapital gemeinsam gegründet. Die Sozialinvestitionen umfassen in Frankreich, außer der Sozial-, Alters-, Jugend- und Krankenfürsorge, Schul-, Straßen- und sozialen Wohnungsbau, Infrastruktur von Siedlungsbau, öffentliche Freizeitanlagen und Kulturhäuser. Als Träger solcher infrastrukturellen Einrichtungen treten aber auch private Gesellschaften auf.

Schema der Ausarbeitung des V. Planes

Erste Periode (1964):
Vorbereitung der großen
Orientierungen

Politische Gewalt

Generalkommissariat
für Planung (in Zusammen-
arbeit mit der Delegation
für Raumordnung und des
Generaldelegierten
der Pariser Region)

Soziale und berufliche
Vertretung

Vorbereitungsstudien
(auch Regionalstudien, be-
sonders über Arbeitskräfte
und Arbeitsplätze)
Prognose 1985
(Experte)

Arbeitsprogramm

Ausschüsse
für Modernisierung

Bericht
über Grundtendenzen

Regierung
(Juni 1964)

Wirtschafts- und Sozialrat
(Ende September 1964)

Nationalversammlung
(November 1964)

Zweite Periode (1965):
Vorbereitung des Planes

Arbeitsprogramm
der Ausschüsse
Endgültiger Entwurf
(Februar 1965)

Ausschüsse (einschließlich
regionale Instanzen)

Regierung
(Juli 1965)

Wirtschafts- und Sozialrat
(September–Oktober 1965)

Parlament
(November 1965)

Dritte Periode (1966):
Ausarbeitung der regionalen
Ausschnitte (*tranches régionales*)

Auf nationaler Ebene

Regierungsdirektiven:
u.a. die Geldmittel, die jeder
Region zur Verfügung stehen
(*enveloppes financières*)

Auf regionaler Ebene

Regionale Beratung (Bericht
des Regionalpräfekten und
Gutachten der CODER =
Regionalausschuß für wirt-
schaftliche Entwicklung)
über den regionalen Aus-
schnitt: Entwicklungs-
perspektiven und Verteilung
der öffentlichen
Investitionen

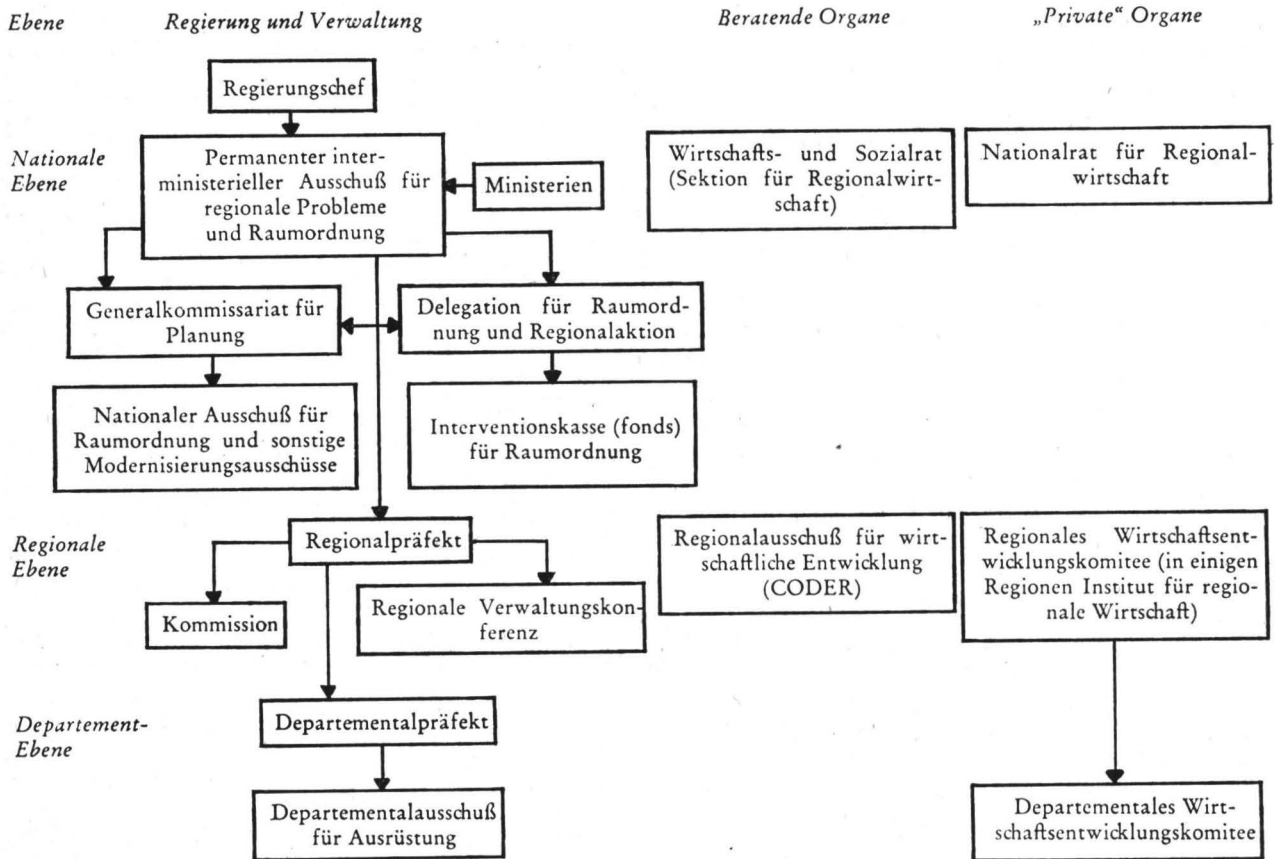
Vierte Periode:
Ausführung des Planes (1966–70)

Jährlicher Bericht über die
Ausführung des Planes

Jährlicher Bericht
des Regionalpräfekten über
die Ausführung des Planes
und Gutachten der CODER

Die Planungsbehörden veröffentlichen für jeden Hauptsektor der Planung die
Schlußfolgerungen der Ausschüßarbeiten. Die letztveröffentlichten Berichte behan-
deln z. B. die Wasserfürsorge und die Meerfischerei. Die Regionalplanung ist aber
grundsätzlich der nationalen Planung untergeordnet.

Die Institutionen der Raumordnung



jektion stützt sich auf eine Studie des INSEE (Nationales Statistisches Institut) sowie auf die Ergebnisse der Arbeiten des „Ausschusses von 1985“. Raum und Zeit sind somit neue Triebfedern der Planung geworden.

Gewiß handelt es sich hier nicht um eine vollständig neue Problematik. Seit Beginn hat man angenommen, daß ein Vier- oder Fünfjahresplan nur dann Sinn hat, wenn er einen längeren Planungszeitraum umfaßt und wenn er auch regionale Räume berücksichtigt. Regionale Pläne und langfristige Planung gab es schon im IV. Plan. Mit dem V. Plan ist es jedoch das erste Mal, daß regionale Pläne und langfristige Planung vollständig eingegliedert wurden.

Mit dem V. Plan stellte sich folgende Frage: Soll der Nationale Plan in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bevölkerung (*corps intermédiaires*) eine Synthese von regionalen Raumordnungen oder nur die regionale Projektion der nationalen Richtlinien sein?

Seit dem III. Plan wurde beides berücksichtigt. Jetzt aber ist die Verwaltungsreform der Nationalen Delegation der Raumordnung übertragen worden. Somit wurde die Zentralisation verstärkt; somit wurden auch die „regionalen Aspekte“ des Planes besser integriert. Die lokalen Verantwortlichen aber spielen fortan eine noch unbedeutendere beratende Rolle als bisher; diese beratende Rolle ist auf lokaler Ebene noch unbedeutender geworden als auf natio-

naler Ebene, wo regionale Vertreter als Mitglieder der nationalen beratenden Ausschüsse tätig sind.

Weitere neue Aspekte des V. Planes sind folgende: Der Plan stellt sich über den Markt und schlägt eine gemeinschaftliche Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung vor, welcher sich die einzelnen Tendenzen unterordnen sollen. Alle Entscheidungen, welche sich auf eine lange Periode beziehen, besonders die Investitionsentscheidungen, ruhen auf einem Gesamtbild der Zukunft. Der französische Plan ist eine globale Projektion und ruht auf der gegenseitigen Abhängigkeit der Tätigkeiten. Er ist aber hauptsächlich dazu bestimmt, die Veränderungen zu beschleunigen. Er verringert die Unsicherheit, deutet das Wünschenswerte an, beschließt Ziele und ordnet diese Ziele ein. Der Plan ist das Ergebnis eines Willens.

Die erste offizielle Initiative für die Raumordnung ergriff Wiederaufbauminister *Claudius-Petit* im Jahre 1950 durch die Bildung von verschiedenen Studienausschüssen. Im Jahre 1954 erkannte die Regierung *Mendès-France* diese Ausschüsse als beratende Institutionen für die lokalen Behörden an. Die Dekrete von 1955 des damaligen Wirtschafts- und Finanzministers *Pierre Pflimlin* führten „Regionalprogramme“ und regionale Entwicklungsgesellschaften ein. Von 1955 bis 1962 wurde die Zusammenarbeit von Privatinitiative und öffentlicher Aktion gestärkt, besonders auch durch

die Einwirkung des Generalkommissariats für Planung. 1963 und 1964 wurden als neue Institutionen die Delegation für Raumordnung und regionale Aktion sowie die „Region“ als neues Verwaltungsorgan gegründet.

Die Regionalisierung des Planes hat die Gründung der Regionalpräfekten und die ihnen unterstellten wirtschaftlichen Kommissionen sowie die regionalen Ausschüsse für wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufen. Die regionalen Wirtschaftsausschüsse spielen aber nur eine beratende Rolle und können nicht einmal den Bericht des Regionalpräfekten ändern.

III. Der Einfluß der öffentlichen Hand

A) Hilfe für allgemeine Dezentralisation

In der Pariser Region müssen die Unternehmen besondere Lasten tragen. Die Betriebe, welche sich in der Provinz ansiedeln, besonders in den vom Staat als Entwicklungsgebiete erklärten Regionen, können Ausrüstungsprämien und Steuerfreiheit erhalten; es besteht auch die Möglichkeit für sie, von besonderen Anleihen Gebrauch machen zu können. Die sogenannten „Gesellschaften für gemischte Wirtschaft“ (*sociétés d'économie mixte*), die aus Privatkapital und öffentlichen Geldern bestehen, greifen in die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen neuer Betriebe ein. Gewisse juristische und finanzielle Bestimmungen erleichtern die Dezentralisation der Pariser Region und die Sanierung gewisser Gewerbebezirke.

B) Gewichtsverteilung

Andere wichtige neue Raumordnungsprinzipien wurden in den letzten zwei Jahren festgelegt (vgl. Beilage Abb. 2).

Die Gründung von Gleichgewichtsmetropolen soll eine bessere Verteilung der Wirtschaftskraft fördern. 8 Städte wurden zu Gleichgewichtsmetropolen erklärt: Lille – Roubaix – Tourcoing, Nancy, Straßburg, Nantes, Lyon, Bordeaux, Toulouse und Marseille.

Den Gleichgewichtsmetropolen sind andere zentrale Orte unterstellt:

- Echte Regionalzentren wie Rouen, Rennes, Limoges (insgesamt 10 Städte);
- unvollständige Regionalzentren (insgesamt 24 Städte);
- gutausgerüstete Hauptstädte von Departements (insgesamt 33 Städte).

Studienorgane für eine Raumordnung der Flächennutzung dieser Metropolen sind seit 1966 eingesetzt. Diese „Organismes d'étude d'aménagement des aires métropolitaines – OREAM“ sollen bis Ende 1967 die Leitpläne der großen regionalen Expansionszentren ausarbeiten. Folgende Flächen sind angesprochen worden: Lille – Roubaix – Tourcoing, Nancy – Metz – Thionville, Lyon – Saint-Etienne, Marseille – Aix – Fos, Nantes – Saint-Nazaire, sowie auf leicht abweichende Art Rouen – Le Havre, Straßburg, Toulouse und Bordeaux.

C) Die Stadtgemeinschaften

Um die Regionalplanung zu unterstützen, sieht man die Gründung von Stadtgemeinschaften vor (*communautés urbaines*). Diese neue Institution, welche in Lyon, Bordeaux, Lille und Straßburg eingeführt werden soll, werden wir am Beispiel Straßburgs analysieren (vgl. Beilage Abb. 3).

Die Stadtgemeinschaft Straßburg soll Straßburg und 28 Gemeinden, d. h. etwa 328 000 Einwohner, umfassen (etwa 200 000 Einwohner Straßburgs und 120 000 aus der Umgebung). Die Zone dehnt sich bis nach Brumath im Norden, Dingsheim und Pfulgiesheim im Westen, Lipsheim und Fegersheim im Süden aus. Sie hat eine Fläche von 321 qkm, d. i. ein Fünftel der Gesamtfläche des Unterelsaß, und beschäftigt 135 400 Personen der Wohnbevölkerung sowie 151 000 Einpendler.

Die vorgesehene Stadtgemeinschaft ist eine wirkliche Einverleibung der Gemeinden in eine größere Kommunalordnung. Die Gemeinden bleiben selbständig; die gemeinsamen Probleme werden jedoch im Rat der Stadtgemeinschaft untersucht. Die gefaßten Beschlüsse sind gültig für die gesamte Gemeinschaft. Die Stadtgemeinschaft soll u. a. auch die Erstellung einer Bodenreserve erleichtern.

Natürlich sind die kleinen Gemeinden mit dieser Integration nicht immer einverstanden, weil sie höchstens eine Stimme haben werden. Auch die Großstadt befürchtet, nicht immer von den kleinen Gemeinden verstanden zu werden.

Straßburg leidet, wie das ganze Elsaß, unter der kurz-sichtigen zentralistischen Verwaltungspolitik, die heute den Westen intensiv entwickelt. Es wäre ja normal, daß diesem weniger entwickelten Teil Frankreichs dieselben Chancen gegeben würden wie dem Osten. Der Osten wird aber zu sehr vernachlässigt: Die ihm gewährten Ausrüstungsprämien für neue Industrieansiedlung sind zu gering; die Baugenehmigungen für Industriebauten standen während einiger Zeit an letzter Stelle Frankreichs. Andere Hemmnisse sind:

- der Mangel an modernen Wasserstraßen und Autostraßen,
- der zu langsame Wohnungsbau,
- der durch die höheren deutschen Löhne angespannte Arbeitsmarkt.

In der zentralistischen Raumordnungspolitik hängen die Regionen bei der Verwirklichung von größeren Einrichtungen, besonders auf dem Gebiete der Infrastruktur, hauptsächlich von den Staatsgeldern ab. So z. B. kann die große Brücke, die das Stadtzentrum mit dem südlichen Teil Straßburgs verbinden soll, nicht fertiggestellt werden, da die Staatsgelder fehlen; so ist die Autostraße, die sich um Straßburg erstreckt, nur einige Kilometer lang!

Die Stadtgemeinschaft kann das Gewicht der Provinz gegenüber der Hauptstadt verstärken und somit den regionalen Entwicklungsprozeß beschleunigen. Solange sie aber hauptsächlich vom zentralen Verwaltungsapparat abhängig ist, bedeutet die Reform mehr Dekonzentration als Dezentralisation.

Dank der Stadtgemeinschaft soll das Straßburger Ballungsgebiet bis 1985 455 000 Einwohner haben.

D) Sportliche und kulturelle Entwicklungspolitik

Im Rahmen des „Horizontes 1985“ sind folgende Regionalabstufungen vorgesehen:

1. Sportliche und kulturelle Einrichtungen für eine Bevölkerung von 700 bis 1000 Einwohner

Sportgelände	ungefähr 1 ha
Sporthallen	500 m ²
Kulturelle Einrichtungen	200 m ²

2. Für 2000 Einwohner

Sportgelände	22 000 m ²
Sporthallen	800 m ² (40 m x 20)
Kulturelle Einrichtungen	400 m ²
Wassersportflächen	240 m ²

3. Für 20 000 Einwohner

Sportgelände	12 ha
Sporthallen	mehrere Säle
Kulturelle Einrichtungen	4 000 m ²
Wassersportflächen	1 000 m ²
Gedecktes Schwimmbad	400 m ²
Freiluftzentrum	1 ha

E) Regionalplanung für Fremdenverkehr

Eine andere Art neuer Regionalplanung ist die Fremdenverkehrs-Raumordnung.

Das heute am besten ausgearbeitete Beispiel betrifft den Raum Languedoc-Roussillon, wo 180 Kilometer Meeresstrand für den Fremdenverkehr hergerichtet und innerhalb der nächsten 10 Jahre über 350 000 Betten für den Fremdenverkehr bereitgestellt werden, wo neue Verkehrsnetze für Industrie und Fremdenverkehr vorgesehen sind und wo mehrere Industriezonen geplant sind, um neben der Landwirtschaft der Gegend noch andere wichtige Erwerbsquellen zu erschließen. Bis 1985 sind für ein Bevölkerungswachstum von 700 000 Personen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die ZAD (*zones d'aménagement différencié*), d. h. die Raumplanungsreservezone, erlauben dem Staat, frühzeitig der Spekulation entgegenzutreten. Aber jetzt schon sind

europäische Gesellschaften an dieser Belebung interessiert. So z. B. der „Verband Deutscher Makler“, der in Hannover und in neun anderen deutschen Städten Informationszentren für die Languedoc-Roussillon-Gegend gründen wird; dieser Verband zählt 600 bis 700 Berufsmakler. In jedem Planungsstadium werden so 20 % der Bettenzahl dem deutschen Markt zugeteilt.

In Lothringen werden z. B. die Weiher des Mosellandes im Rahmen der Raumordnungspolitik besser ausgestaltet. Während sie in der Vergangenheit als Wasserzuleitungsbecken des Kohlenhüttenkanals und als Fischweiher dienten, werden sie allmählich als Freizeitraum ausgestaltet, so daß sie auch die lokalen Erwerbsmöglichkeiten verbessern helfen (z. B. in der Mittersheimer Gegend).

*

So sind die Raumordnung und die Regionalplanung in Frankreich seit kurzer Zeit neuen Prinzipien unterworfen worden.

Die Regionalisierung ist jedoch gehemmt durch unzulängliche Staatszuschüsse an die Regionen. Eine echte Regionalisierung braucht in Frankreich noch viel Zeit. Wir werden kaum ein föderativ gegliederter Staat werden können zu einer Zeit, da föderative Staaten zu einer gewissen Zentralisation übergehen. Wir müssen aber der Region Mittel zur eigenen Initiative geben mit regionalem Wirtschaftsparlament und einem eigenen regionalen, autonomen Haushalt. Dazu sind heute alle Regionen bereit. Während der nächsten Jahre wird dieses Problem wohl eines der wichtigsten Ziele aller demokratischen Parteien und Verbände Frankreichs sein. Es wird aber viel Mühe kosten, jahrhundertealten Zentralismus einzudämmen. Dazu ist aber hauptsächlich eine echte Partnerschaft zwischen Paris und den Provinzen nötig. Raumordnung und Regionalplanung hängen somit von weiteren politischen Aktionen ab. Der internationale wirtschaftliche Wettbewerb mit sinkenden Zollmauern wird letztlich mithelfen, diese Entwicklung herbeizuführen.